

## K-3-7 VII Soziales

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	22.03.2021
Tagesordnungspunkt:	4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen- Anhalt

### Text

#### 4618 VII Soziales

4619 Wir wollen, dass alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben  
4620 teilhaben und ein Leben in Würde führen können, von der Geburt bis ans  
4621 Sterbebett. Unsere Sozialpolitik soll Bedingungen für eine angemessene  
4622 Grundsicherung und den Rahmen für eine selbstbestimmte Lebensführung schaffen.  
4623 Alle sollen die Unterstützung bekommen, die sie in ihrer persönlichen Situation  
4624 benötigen und die ihnen eine Perspektive für die eigene Entwicklung eröffnet.  
4625 Wir brauchen einen Wandel weg von einer nachsorgenden Sozialpolitik, die auf  
4626 bestehende Probleme und Defizite fokussiert ist, hin zu einer Sozialpolitik, die  
4627 präventiv wirkt.

#### 4628 Sicherung des Existenzminimums

4629 Unsere Politik zielt auf eine Existenzsicherung von der Wiege bis zur Bahre. Die  
4630 soziale Sicherung bedeutet für uns, den Menschen über ihre gesamte Lebensspanne  
4631 hinweg den Grundbedarf zu garantieren. Die Maßnahmen dazu sind eine  
4632 sanktionsfreie und armutsfeste Kindergrundsicherung, Ausbildungsförderung und  
4633 Grundsicherung unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Wir unterstützen  
4634 Bundesratsinitiativen, die darauf abzielen.

#### 4635 Leistungsbezug bürger\*innennäher gestalten

4636 Sozialpolitik muss lebenslang Chancen für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung  
4637 eröffnen. Für die Entwicklung einer modernen Sozialpolitik müssen Menschen die  
4638 Möglichkeit haben, Netzwerke und individuelle Unterstützungsangebote kombinieren  
4639 zu können. Deshalb wollen wir weg vom Schubladensystem in der Beurteilung von  
4640 Menschen nach Syndromen und Symptomen hin zu individueller Beurteilung. Der  
4641 Mensch mit seiner persönlichen Situation und seinen persönlichen Bedürfnissen  
4642 gehört in den Mittelpunkt von Sozialplanung. Sachsen-Anhalt soll zunächst in  
4643 inklusiven Modellprojekten Case-Management als Instrument der Sozialplanung  
4644 erproben – mit dem Ziel es zum Standardinstrument der Sozialplanung zu machen.

4645 Wir denken das System für unterstützende staatliche Leistungen von den  
4646 Bürger\*innen mit einem Lebensmittelpunkt in Deutschland her, nicht in den  
4647 Rechtskreisen Arbeitsmarktinstrumente, Hilfe für Menschen mit Behinderungen,  
4648 Kinder- und Jugendhilfe, Kranken- und Pflegeversicherung. Dieses System der  
4649 verschiedenen Rechtskreise funktioniert oft unzureichend, weil viele Menschen  
4650 mehrfache, vielfältige und zusammenhängende Bedarfe haben. Wir wollen erreichen,  
4651 dass es in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt eine  
4652 rechtskreisübergreifende und mehrsprachige Beratungsstelle gibt und die  
4653 Leistungen im besten Falle rechtskreisübergreifend erbracht werden. Dafür wollen

4654 wir Modellprojekte starten. Die entsprechenden Ausführungsgesetze zu den  
4655 Sozialgesetzbüchern sollen dafür überarbeitet werden. Sowohl im Bereich der  
4656 Hilfe für Ältere und Menschen mit Behinderungen wie auch im Bereich der Kinder-  
4657 und Jugendhilfe ist dies ein notwendiger Schritt, um den Leistungsbezug  
4658 bürger\*innenfreundlicher zu gestalten, Synergien zwischen den Leistungssystemen  
4659 zu nutzen und Bürokratie letztlich abzubauen.

## 4660 Kinderarmut bekämpfen

4661 Derzeit lebt nahezu jedes vierte Kind in Sachsen-Anhalt in Armut. Dies bleibt  
4662 eine massive sozialpolitische Herausforderung, auf die wir antworten müssen.  
4663 Alle Kinder, die in Armut leben, sind vielfältigen Formen der Benachteiligung  
4664 ausgesetzt: Nachteile in der Schule und Ausbildung, schlechtere Gesundheit oder  
4665 Vorsorge, eingeschränkter Zugang zu Kultur sowie zu angemessenem Wohnraum. Die  
4666 Corona-Pandemie hat diese Situation in vielen Bereichen noch verschärft. Deshalb  
4667 setzen wir uns für eine armutsfeste allgemeine Grundsicherung für alle hier  
4668 lebenden Kinder - unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres  
4669 Aufenthaltsstatus ein und wollen dies auf Bundesebene voranbringen.

4670 Neben dieser direkten finanziellen Bekämpfung von Kinderarmut und flankierenden  
4671 arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die direkt auf die Einkommenssituation von  
4672 Eltern zielen, möchten wir insbesondere Schutzfaktoren gegen Armut befördern,  
4673 also Kinder und junge Menschen in ihrer Resilienz stärken, damit sie besser mit  
4674 widrigen Umständen umgehen können. Mit dieser Zielstellung wurden in dieser  
4675 Legislatur auf unser Betreiben hin 100 zusätzliche Stellen für die Förderung von  
4676 Kitas mit besonderen Bedarfen geschaffen. Basierend auf diesen Erfahrungen  
4677 wollen wir zusätzliche solcher Stellen flächendeckend im Land etablieren, um  
4678 insbesondere die vielfaltsbewusste Kitasozialarbeit als Instrument der  
4679 Frühförderung für eine chancengerechte soziale Teilhabe damit zu befördern. Als  
4680 weiteren Schutzfaktor gegen Kinderarmut wollen wir auch die Jugend(verbands-  
4681 )arbeit finanziell besserstellen und ausbauen. Wir wollen Präventionsketten  
4682 etablieren und verstetigen, beginnend mit den Frühen Hilfen bis hin zur  
4683 sozialpädagogischen Ausbildungsbegleitung.

4684 Wir wollen den nächsten Kinder- und Jugendbericht zur Mitte der Legislatur mit  
4685 dem Schwerpunkt Kinderarmut vorlegen und auf Basis dessen das jugendpolitische  
4686 Programm fortschreiben.

4687 Wir wollen die Ausbildungssituation von Alleinerziehenden und Personen mit  
4688 unterbrochenen Bildungsbiografien durch die Stärkung der Teilzeitausbildung  
4689 verbessern.

## 4690 Kinderrechte umsetzen

4691 Alle Kinder haben eigene Rechte: Rechte auf Schutz, Förderung ihrer Entwicklung  
4692 sowie Beteiligung. Diese Rechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention  
4693 festgehalten. Wir stehen für die konsequente Umsetzung und Einhaltung dieser  
4694 Rechte. Daher wollen wir im Bundesrat eine Initiative einbringen, um  
4695 Kinderrechte für alle in Deutschland lebenden Kinder auch im Grundgesetz zu  
4696 verankern. Ihre Rechte auf Bildung und individuelle Förderung müssen gestärkt  
4697 werden.

4698 Kinderrechte müssen vor Ort erlebbar und realisiert werden. Wir setzen uns für  
4699 eine umfassende Beteiligung der Kinder bereits im Kindergarten ein. In der  
4700 Schule sollte die Drittelparität eingeführt werden

#### 4701 Eine eigenständige Jugendpolitik verankern

4702 Der aktuelle Kinder- und Jugendbericht wie auch das jugendpolitische Programm  
4703 der Landesregierung formulieren u.a. auf Grundlage von Umfragen und Workshops  
4704 mit Jugendlichen zentrale Anliegen und Herausforderungen für die Jugendpolitik.  
4705 Damit ist unser Anliegen, als Politik mit Jugendlichen zu sprechen und nicht  
4706 immer nur über Sie, umgesetzt worden. Etwa für zentrale Bereiche wie Teilhabe  
4707 und politische Partizipation sowie Mobilität verweisen diese Berichte auf hohen  
4708 Handlungsbedarf. Mit Beginn der neuen Legislatur ist auf dieser Grundlage eine  
4709 eigenständige Jugendpolitik im Land konzeptionell und strategisch zu verankern,  
4710 finanziell zu untersetzen und im stetigen Austausch mit den jungen Menschen im  
4711 Land rückzukoppeln und fortzuentwickeln. Gelingende Jugendpolitik betrachten wir  
4712 auch als ein Haltefaktor gerade in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts. Es  
4713 braucht direkte Ansprache und Wertschätzung der jungen Generation, damit sie  
4714 ihren Geburtsort auch als positiv besetzte Heimat erleben können."

#### 4715 Landeszentrum Jugend und Kommunen dauerhaft fördern

4716 Wir wollen, dass das Landeszentrum Jugend und Kommune dauerhaft gefördert wird.  
4717 Es soll seinen Aufgaben auskömmlich finanziert nachgehen können. Zur Stärkung  
4718 der Beteiligung junger Menschen vor Ort und insbesondere der Unterstützung der  
4719 Kommunen, die sich in diesem Sinne auf den Weg machen wollen, werden wir das  
4720 Kommunalverfassungsgesetz schärfen. Die Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten  
4721 via Satzung umfangreiche Regelungen zur Beteiligung festzulegen wie bspw. auch  
4722 Rede- und Antragsrechte von Jugendgremien in kommunalen Parlamenten und die  
4723 Vorhaltung eines Budgets. Wir setzen uns dafür ein, eine verbindliche  
4724 Beteiligung bei kommunalen Planungsprozessen einzuführen. Dabei sind die  
4725 Qualitätskriterien des Landesnetzwerks „Runder Tisch kommunale  
4726 Jugendbeteiligung“ zu Grunde zu legen. Damit das Anrecht auf kommunale  
4727 Beteiligung einklagbar wird, wollen wir ein Verbandsklagerecht für demokratische  
4728 Jugendverbände gesetzlich ermöglichen. Zur Bündelung der Interessen von jungen  
4729 Menschen sollen kommunale Kinder- und Jugendgremien gefördert werden. Wir wollen  
4730 kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte als verlässliche lokale  
4731 Ansprechpartner\*innen schaffen.

4732 Wir setzen uns dafür ein, dass das jugendpolitische Programm des Landes Sachsen-  
4733 Anhalt überarbeitet wird und künftig die LSBTIQ\*-Jugendinteressen durch  
4734 Beteiligung von queeren Jugendgruppen und Jugendverbänden im Land  
4735 mitberücksichtigt sind.

#### 4736 Wahlalter auf 14 Jahre absenken

4737 Kinder und Jugendliche sind Menschen mit eigenen Hoffnungen, Wünschen und  
4738 Möglichkeiten, aber auch eigenen Forderungen, deren Sicht auf Gesellschaft und  
4739 Politik sich meist von jener der Erwachsenen unterscheidet. Wir wollen Kinder  
4740 und Jugendliche so oft wie möglich und altersgerecht in Entscheidungsprozesse  
4741 einbeziehen. Denn sie sind bereits jetzt und hier als Kinder und Jugendliche

4742 Bürger\*innen und Teil unseres politischen Gemeinwesens. Wir wollen daher das  
4743 aktive Wahlrecht bei allen Wahlen auf 14 Jahre absenken.

#### 4744 Ring politischer Jugend gründen

4745 Wir unterstützen nach wie vor die Jugendverbände der demokratischen politischen  
4746 Parteien bei ihrem Wunsch nach Gründung eines Rings politischer Jugend (RPJ) in  
4747 Sachsen-Anhalt. Dieser Ring soll vom Land als wichtiger Ort politischer  
4748 Willensbildung und Vielfalt für junge Menschen finanziell ausgestattet werden,  
4749 wenn ein belastbarer gemeinsamer Vorschlag der Jugendverbände dazu vorliegt.

#### 4750 Kinder und Jugendliche überall im Land fördern

4751 Die finanzielle Förderung der Jugendarbeit durch das Land orientiert sich  
4752 zurzeit einzig an der Anzahl junger Menschen in den Landkreisen und kreisfreien  
4753 Städten. Die Flächenkreise haben dadurch in den letzten Jahren eine Reduzierung  
4754 ihrer Förderung von bis zu 30 Prozent hinnehmen müssen. Diese Entwicklung wollen  
4755 wir stoppen. Dafür wollen wir Verteilmechanismen entwickeln, wie etwa einen  
4756 Flächenfaktor, so dass nicht allein die Anzahl junger Menschen, sondern auch  
4757 beispielsweise die Größe eines Landkreises die Verteilung der Fördergelder  
4758 bestimmt. Das verhindert den Teufelskreis von sinkenden Fördergeldern und einer  
4759 sinkenden Anzahl junger Menschen. Auch ist die Dynamisierung der Förderung der  
4760 Jugendarbeit der Inflation und der Tarifentwicklung anzupassen. Eine  
4761 bedarfsgerechte Förderung ist geboten, weil Jugend(verbands-)arbeit jungen  
4762 Menschen Raum gibt sich auszuprobieren und zu beweisen. Wir wollen, dass das  
4763 Land den Strukturaufbau von Jugendverbänden in den Kreisen unterstützt.

4764 Die Jugendhilfeplanung ist feste Voraussetzung für Auszahlung der Gelder nach  
4765 dem Familienförderungsgesetz. Es muss kommunalaufsichtlich sichergestellt werden,  
4766 dass deren Umsetzung eine Pflichtaufgabe der Kommunen ist.

4767 Tarifgerechte Bezahlung muss in allen Bereichen sichergestellt sein.

#### 4768 Mehr Raum für Kinder und Jugendliche schaffen

4769 Wir wollen Kommunen ermutigen, mehr öffentliche Räume für Kinder und Jugendliche  
4770 bereit zu stellen. Dies sind Freiräume ohne staatliche oder gesellschaftliche  
4771 Vordefinitionen, in denen so wenig wie möglich von außen gesteuert und  
4772 vorgegeben wird, die sie gestalten und in denen sie Erfahrungen sammeln und sich  
4773 erproben können. Dazu soll ihnen ein weitgehend selbst verwaltetes Budget zur  
4774 Verfügung stehen. Und wir wollen ihnen Expert\*innen, zum Beispiel hauptamtliche  
4775 kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte zur Seite stellen, die in der Lage sind,  
4776 ihnen diese Freiräume zu schaffen und zu erhalten, ihnen aber gleichzeitig Halt  
4777 und Hilfestellung bieten, wenn sie diese benötigen und einfordern.  
4778 Schulsportanlagen und Räume in Schulgebäuden sollen Kindern und Jugendlichen,  
4779 Verbänden und Vereinen auch außerhalb des Unterrichts offenstehen.

4780 Die Jugendzentren unseres Landes wollen wir möglichst erhalten und durch mehr  
4781 Mitarbeiter\*innen unterstützen. Gerade in den ländlichen Räumen brauchen  
4782 Jugendzentren längere Öffnungszeiten, um attraktiv für Kinder und Jugendliche zu  
4783 sein. Vor allem Mädchen wollen wir Räume geben, sich auszuprobieren und  
4784 Erfahrungen zu sammeln. Es fehlen sichere Räume – online wie offline. Mittels

4785 Schulsozialarbeit, Unterstützung von Jugendclubs und selbst verwalteten Räumen  
4786 schaffen wir diese Räume und bestärken junge Menschen, vor allem Mädchen.“

4787 Wir wollen in den Kommunen Wohnen, Arbeiten und Freizeit wieder enger  
4788 zusammenführen sowie Stadtteile und Innenstädte beleben und begrünen. Davon  
4789 profitieren alle Menschen. Zu diesem Zweck erwarten wir in den Kommunen eine  
4790 bessere Abstimmung der Schulentwicklungs-, Stadt- und der Jugendhilfeplanung.  
4791 Die nach dem neuen Familienförderungsgesetz beim Land einzureichende  
4792 Jugendhilfeplanung muss stärker genutzt werden, entsprechende Ziele  
4793 durchzusetzen.

#### 4794 Strategieplan für Jugendbildungsstätten und Jugendherbergen

4795 Jugendbildungsstätten und Jugendherbergen sind ein wichtiger Ort für  
4796 außerschulische Bildung und Begegnung, aber auch für kostengünstige Urlaube für  
4797 Familien. Sie sind insbesondere durch die Corona-Pandemie in extreme Schieflage  
4798 gekommen. Das Land Sachsen-Anhalt soll gemeinsam mit den Akteur\*innen einen  
4799 Strategieplan entwickeln. Dieser soll am gesellschaftlichen Bedarf orientiert  
4800 einen Weg aufzeigen, welche Einrichtungen dauerhaft erhalten werden können und  
4801 dabei auskömmlich finanziert werden müssen.

#### 4802 Ombudsstelle der Kinder- und Jugendhilfe dauerhaft fördern

4803 Eine Ombudsstelle für Kinder- und Jugendhilfe ist bisher lediglich als  
4804 Modellprojekt eingerichtet. Wir wollen, dass sie dauerhaft gefördert wird. Auch  
4805 wollen wir sie so ausbauen, dass sie landesweit wirken kann.

#### 4806 Beratungsangebote im Bereich sexualisierter Gewalt ausbauen

4807 Die bundesweiten Fälle schwerer sexualisierter Gewalt gegen Kinder, die in den  
4808 vergangenen Jahren aufgedeckt wurden, zeigen einen deutlichen Handlungsbedarf.  
4809 Wir wollen im Land die Beratungsangebote im Bereich sexualisierter Gewalt  
4810 ausbauen. Dabei sollen vielfaltssensible Familienbildungsstätten, Kitas,  
4811 Schulen, Migrantenselbstorganisationen und Jugendämter eingebunden werden. Wir  
4812 wollen die Präventionsprojekte, die etwa mit der Berliner Charité initiiert  
4813 wurden, weiterführen und ausbauen. Im Rahmen der Strafverfolgung wollen wir die  
4814 Ermittlungen auf Landesebene bündeln und besser koordinieren, um den Kampf gegen  
4815 Kinderpornographie im Internet besser führen zu können. Aber auch sexualisierte  
4816 Gewalt und Übergriffe unter Jugendlichen wollen wir stärker als bisher in die  
4817 Präventionsarbeit einbeziehen.

#### 4818 Anti-Mobbing-Tag ins Leben rufen

4819 Auch psychischer und körperlicher Gewalt unter Kindern und Jugendlichen etwa  
4820 durch Mobbing, Diskriminierung und Schikane (Bullying) an Schulen wollen wir  
4821 deutlich entgegentreten. Wir wollen einen mit einem eigenen Budget  
4822 ausgestatteten, landesweiten „Anti-Mobbing-Tag“ ins Leben rufen und die  
4823 Schirmherrschaft bei dem\*der Ministerpräsident\*in andocken. An diesem Aktionstag  
4824 sollen alle Schulen im Land Aktionen und Projekte durchführen, die darauf  
4825 zielen, das soziale Miteinander zu stärken. Kooperationen etwa mit Krankenkassen

4826 und freien Trägern der Jugendarbeit sind dabei anzustreben. Denn Mobbing ist  
4827 eine leidvolle Erfahrung für viele Schüler\*innen im Land.

## 4828 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien sicher 4829 finanzieren

4830 Wir wollen junge Menschen ermutigen, sich für eine Familiengründung zu  
4831 entscheiden. Dafür sind gute Rahmenbedingungen nötig. Wir stehen für ein sicher  
4832 finanziertes und engmaschiges Netz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten  
4833 für Eltern und Kinder ein.

4834 Wir wollen Angebote erhalten und stärken, die Familien entlasten. Dazu gehören  
4835 vielfaltssensible, mehrsprachige Schwangerschaftsberatungsstellen, Familien- und  
4836 Erziehungsberatungsstellen sowie Familienzentren. Insbesondere Familienzentren,  
4837 die seit Jahren eine zu geringe Förderung erhalten, benötigen für ihren  
4838 Fortbestand ein Investitionsprogramm und verlässliche Förderung.

4839 Angebote der Elternbildung, Selbsthilfe, Sprach- und Gesundheitsförderung müssen  
4840 besser vernetzt werden und auch in der Fläche überall niedrigschwellig  
4841 erreichbar sein. Um diese Erreichbarkeit zu sichern, wollen wir zusätzliche  
4842 mobile Familien(bildungs-)arbeit fördern. Diese mobile Form der Beratung streben  
4843 wir auch für den Bereich der Schwangerschaftsberatungsstellen an. Alle  
4844 Beratungsstellen soll das Land aktiv unterstützen, ihre Angebote auch virtuell  
4845 anzubieten und ihre Onlinepräsenz auszubauen.

## 4846 Gemeinsame Verantwortung statt Konkurrenz

4847 Wir fördern lokale Verantwortungsgemeinschaften. Sozialleistungen sollen nicht  
4848 weiterhin im Sinne eines Marktes organisiert werden mit entsprechender  
4849 Konkurrenz unter den Leistungserbringer\*innen. Wir wollen grundsätzlich  
4850 umsteuern hin zu einem System geteilter und gemeinsam getragener, lokaler  
4851 Verantwortung. Regionale Akteur\*innen, sei es im Bereich des Gesundheitssystems,  
4852 der Altenhilfe und Pflege oder der Eingliederungshilfe konkurrieren dann nicht  
4853 mehr um Klient\*innen, sondern steuern in gemeinsamer Verantwortung die  
4854 Leistungserbringung in ihrer Region für die Menschen, die dort leben.

4855 Wir wollen diese Entwicklung durch Modellprojekte anstoßen, bestehende  
4856 Leuchtturmprojekte prämiieren und eine Diskussion auf Landesebene befördern und  
4857 moderieren.

## 4858 Pilotprojekte für bedingungsloses Grundeinkommen

4859 Mit fortschreitender Digitalisierung, Automatisierung und Spezialisierung geht  
4860 der Umfang existenzsichernder Erwerbsarbeit zurück. Arbeit ist zwar weiterhin  
4861 vorhanden, diese kann aber nicht mehr von jedem\*r ausgeführt werden und  
4862 gewährleistet oft nicht mehr den Lebensunterhalt. Der Mensch ist nicht  
4863 zuvörderst Erwerbstätiger, er selbst steht mit seinen Bedürfnissen und  
4864 Grundrechten im Mittelpunkt unserer Politik. Diesem Menschenbild wollen wir mit  
4865 einem bedingungslosen Grundeinkommen entsprechen.

4866 Digitale Innovation benötigt auch soziale Innovation. Das aktuelle Sozialsystem  
4867 bestraft Menschen für Arbeitslosigkeit, indem Grundrechte eingeschränkt werden

4868 und der\*die betroffene Bürger\*in teilweise entmündigt wird. Es setzt Menschen  
4869 unter Druck, jeder Erwerbsarbeit nachgehen zu müssen, ob diese existenzsichernd,  
4870 ökologisch nachhaltig oder sinnstiftend ist oder nicht. Ein Wandel in der  
4871 Sozialpolitik ist angesichts dessen dringend erforderlich. Das bedingungslose  
4872 Grundeinkommen bietet Chancen, die Menschen von diesem Druck zu befreien und  
4873 ihnen die Freiheit zu geben, sich abseits des engen Fokus auf Erwerbsarbeit in  
4874 unsere Gesellschaft einzubringen sowie kreative Potentiale und Eigenständigkeit  
4875 anzuregen.

4876 Wir verstehen ein bedingungsloses Grundeinkommen daher als ein echtes soziales  
4877 Grundrecht. Für Arbeitnehmer\*innen ist ein solches Grundeinkommen  
4878 gleichbedeutend mit einer Sicherung gegen Arbeitsplatzabbau, der infolge der  
4879 fortschreitenden Automatisierung und Digitalisierung eintreten kann oder schon  
4880 eingetreten ist. Wir befürworten daher Pilotprojekte zum bedingungslosen  
4881 Grundeinkommen in Sachsen-Anhalt.

## 4882 Wohnungsnot überwinden, wohnungslosen Menschen helfen

4883 Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind ein Armutsproblem, das in Sachsen-Anhalt  
4884 weitestgehend unter dem politischen Radar stattfindet. Verantwortlich für die  
4885 Wohnungslosenhilfe sind die Kommunen, die diese Aufgabe meist nach bestem Wissen  
4886 aber ohne Vernetzung und landesweite Strategie wahrnehmen. Unterstützt werden  
4887 sie dabei von verschiedenen Trägern und Privatinitiativen. Besonders Menschen,  
4888 die sich in die Regeln der kommunalen Unterbringungsorte nicht einfügen können  
4889 oder wollen fallen bei dieser Hilfe oft durchs Raster. Es fehlen belastbare  
4890 Zahlen zu Obdachlosigkeit in Sachsen-Anhalt.

4891 Das Land Sachsen-Anhalt soll sehr zeitnah belastbare Zahlen über Obdachlosigkeit  
4892 und Wohnungsnot und die regionale Verteilung der Hilfeangebote im Land erheben.  
4893 Wir wollen, dass eine solche Erhebung als Wohnungsnotfallstatistik regelmäßig  
4894 stattfindet.

4895 Das Land soll die Federführung für die Vernetzung und Kooperation aller Angebote  
4896 zur Prävention von Wohnungsnotfällen und zur Hilfe für wohnungslose Menschen  
4897 übernehmen. Wir wollen dafür eine regelmäßig tagende landesweite  
4898 Wohnungsnotfallhilfe-Konferenz schaffen, an der alle öffentlichen und freien  
4899 Träger der Wohnungslosenhilfe, private Initiativen, die Kommunen,  
4900 Vertreter\*innen von Wohnungsbaugesellschaften und Energieversorgern,  
4901 Sozialwissenschaftler\*innen, Suchtberatungen und weitere teilnehmen. Ziel soll  
4902 die landesweite gemeinsame Aufstellung von Wohnungsnotfall-Rahmenplänen, ihre  
4903 Umsetzung und Evaluation sein.

## 4904 Sozialen Arbeitsmarkt einführen

4905 Nicht alle Menschen können auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeit finden, darum  
4906 halten wir einen Sozialen Arbeitsmarkt weiterhin für notwendig. Hier sollen  
4907 Menschen gesellschaftlich notwendige und wertvolle Arbeit leisten können und  
4908 dafür entlohnt werden. Wir wollen dafür Mittel des Europäischen Sozialfonds  
4909 (ESF) einsetzen. Außerdem soll das Land damit gezielte berufliche Weiterbildung  
4910 für Menschen mit Zugangshemmnissen zum ersten Arbeitsmarkt fördern.

---

## 4911 Personalvertretungsgesetz novellieren

4912 Wir setzen uns für starke Tarifpartner ein. Betriebsräte sind Teil einer  
4913 demokratischen Unternehmenskultur. Wir wollen diese im öffentlichen Bereich  
4914 stärken. Die Novelle des Personalvertretungsgesetzes von 2019 blieb hinter den  
4915 Erwartungen zurück. Wir werden uns weiterhin für eine echte Gleichberechtigung  
4916 der Arbeitnehmer\*innenvertretungen einsetzen. Wir wollen nach wie vor, dass in  
4917 Sachsen-Anhalt nur Unternehmen, die nachweislich Tariflöhne bezahlen,  
4918 öffentliche Aufträge erhalten sollen. Dazu soll das Vergabegesetz geändert  
4919 werden. Wir unterstützen die Bestrebungen auf europäischer Ebene, durch  
4920 Rechtsänderung die örtliche Tarifbindung von Vergabegesetzen zu ermöglichen.

## 4921 Freiwilligenengagement würdigen und fördern

4922 Wir wollen Initiativen wie Freiwilligenagenturen und soziale Selbsthilfegruppen  
4923 unterstützen, freiwilliges Engagement fördern und soziale Teilhabe für die  
4924 Menschen verbessern. Wichtig sind uns dabei mobile, familienergänzende und  
4925 familienentlastende Dienste. Die Angebote der Freiwilligendienste wie FSJ und  
4926 FÖJ werden wir im bestehenden Umfang weiter ermöglichen.

## 4927 Für ein würdiges Leben im Alter sorgen

4928 Wir setzen uns für eine generationengerechte Gestaltung unserer Gesellschaft  
4929 ein. Die Belange der älteren Menschen dürfen nicht auf Probleme der Renten- und  
4930 Pflegekassen reduziert werden. Eine zunehmend älter werdende Bevölkerung  
4931 verändert die gesamte Gesellschaft.

4932 Ältere Menschen haben andere Bedürfnisse als Jüngere, zum Beispiel bei Wohnen,  
4933 Mobilität, gesundheitlicher Versorgung, aber auch in öffentlichen Bereichen wie  
4934 Stadtplanung und Verkehr. Diese unterschiedlichen Bedürfnisse zu bedienen und  
4935 das Lebensumfeld überall in Sachsen-Anhalt generationenverträglich und  
4936 diskriminierungsfrei zu gestalten gelingt nur, wenn alle Altersgruppen  
4937 Verantwortung für eine solidarische Gesellschaft übernehmen.

4938 Uns ist es wichtig, dass die Menschen möglichst lange ihre Eigenständigkeit  
4939 behalten und aktiv am Leben teilhaben. Lange Eigenständigkeit reduziert das  
4940 Risiko der Pflegebedürftigkeit. Daher wollen wir die Selbstständigkeit im Alter  
4941 durch Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten, Gedankenaustausch, soziale Kontakte,  
4942 Bewegung und Mobilität, nachbarschaftliche Hilfen und Freiwilligenengagement  
4943 fördern. Wir setzen uns für die inhaltliche und organisatorische  
4944 Weiterentwicklung und bessere Koordination der bestehenden Beratungs- und  
4945 Anlaufstellen ein, um den veränderten Anforderungen besser gerecht zu werden.  
4946 Dazu gehören die Alten- und Servicezentren, die Seniorenvertretungen, der\*die  
4947 Senior\*innenbeauftragte und -beirat in den Kommunen sowie die  
4948 Freiwilligenagentur. Der Landesseniorenbeirat und kommunale Senior\*innenräte  
4949 sind wichtige Partner unserer politischen Arbeit. Ein Landesprogramm „Leben im  
4950 Alter“ soll Initiativen sammeln und bündeln, sie anregen, wo sie fehlen und den  
4951 Menschen in Sachsen-Anhalt zugänglich machen. In Zusammenarbeit mit  
4952 Integrations- oder Ausländer\*innenbeiräten der Kommunen wollen wir die  
4953 besonderen Bedürfnisse älterer Migrant\*innen klären und gezielte Hilfsstrukturen  
4954 entwickeln. Ebenso wichtig ist eine LSBTIQ\*-sensible Altenhilfe und Pflege, die



---

4955 wir durch Einbindung von LSBTIQ\*-Fachexpertise der Verbände sicherstellen  
4956 wollen.

#### 4957 Wahlfreiheit bei der Pflege ermöglichen

4958 Wir wollen, dass Pflegebedürftige, Pflegende und Angehörige durch  
4959 funktionierende kultursensible Versorgungs-, Beratungs- und Entlastungsangebote  
4960 unterstützt werden. Wir wollen die tatsächliche Wahlfreiheit der zu Pflegenden  
4961 und ihrer Angehörigen bezüglich ihrer Wohn- und Lebensform. Die ambulante  
4962 Pflege, Krankenhäuser und Kommunen sollen sich verstärkt dieser Herausforderung  
4963 stellen, um den Automatismus der Heimbetreuung älterer Menschen zu vermeiden.  
4964 Wir wollen alternative Wohn- und Betreuungskonzepte, die die Selbständigkeit der  
4965 Menschen erhalten, fördern. Dazu wollen wir das Wohn- und Teilhabegesetz des  
4966 Landes novellieren, um die verschiedenen Wohnformen im Alter rechtssicher zu  
4967 definieren und insbesondere die Heimaufsicht in ihrer Beratungsfunktion stärken.

4968 Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem Zuhause wohnen und  
4969 leben können. Dafür wollen wir die Pflege im Quartier weiter stärken. Das neu  
4970 geschaffene Beratungsangebot für Kommunen zur Quartiersentwicklung begrüßen wir  
4971 und wollen wir mit Angeboten in der Fläche weiter ausbauen. Wohnortnahe  
4972 dezentrale Pflegestellen sind mit einem Landesaktionsplan zu untersetzen und zu  
4973 befördern. Damit beugen wir Pflegebedürftigkeit, unnötigen  
4974 Krankenhausaufenthalten und erzwungenen Heimaufenthalten vor. Um  
4975 Heimeinweisungen nach Krankenhausaufenthalten zu reduzieren, wollen wir die  
4976 Tagespflege auch in Kliniken stützen. So kann der Übergang vom Krankenhaus in  
4977 die außerklinische Pflege mit mehr Ruhe und Selbstbestimmung geplant werden.

4978 Die stetig steigenden Eigenanteile bei stationären Einrichtungen sind für viele  
4979 Bewohner\*innen zunehmend problematisch. Gleichzeitig führt die Kopplung von  
4980 Qualitätsverbesserungen in der Pflege und der daraus folgenden einseitigen  
4981 Belastung der Bewohner\*innen zu Zielkonflikten. Daher setzen wir uns  
4982 grundsätzlich für eine Pflegebürger\*innenversicherung ein, um die Einnahmeseite  
4983 der Pflegeversicherung auf tragfähige Füße zu stellen. Auf dem Weg dahin braucht  
4984 es mindestens eine Deckelung der Eigenbeträge.

#### 4985 Bestattungskultur reformieren

4986 Wir treten für selbstbestimmtes Leben in allen Phasen ein, das gilt auch für das  
4987 Lebensende. Deshalb wollen wir das Bestattungsgesetz reformieren. Wir wollen,  
4988 bei erklärtem Willen, die Bestattung ohne Sarg und das Verstreuen der Totenasche  
4989 ermöglichen. Die zweite Leichenschau ist verbindlich einzuführen.